
Ungleichheit aus der Sicht eines Mathematikers

Rezension von: Per Molander,
Die Anatomie der Ungleichheit:
Woher sie kommt und wie wir sie
beherrschen können, Westend Verlag,
Frankfurt/Main 2017, 224 Seiten,
gebunden, € 24;
ISBN 978-3-95471-571-8.

Die schwedische Originalausgabe des Buches „Die Anatomie der Ungleichheit“ des Mathematikers und Politikberaters Per Molander ist bereits 2014 erschienen. Seit 2017 gibt es nun auch eine deutsche Übersetzung im Westend Verlag. Der vielversprechende Untertitel, welcher der deutschen Übersetzung hinzugefügt wurde, wirft noch vor Beginn der Lektüre die Frage auf: Wie soll auf 216 Seiten inklusive Literaturverzeichnis eine der drängendsten gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit beantwortet werden? Am Ende der Lektüre fühlte ich mich so, als ob ich einen *Crash*-Kurs in Ur- und Frühgeschichte, Spieltheorie und politischer Philosophie absolviert hätte – wie man nun die Ungleichheit beherrschen kann, weiß ich aber noch immer nicht.

Per Molander möchte in seinem Buch drei Fragen beantworten: 1.) Warum sind alle Gesellschaften ungleich? 2.) Kann man Ungleichheit politisch beeinflussen? 3.) Wie haben sich die klassischen Ideologien – Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus – zur Ungleichheit positioniert?

Die Geschichte der Ungleichheit

Molander stellt einleitend fest, dass „die Geschichte der Menschheit eine

Geschichte der Ungleichheit“ (S. 12) ist. Um dies zu untermauern, präsentiert er Forschungsergebnisse zur Verteilung von Ressourcen im Zeitverlauf. Beginnend in der Steinzeit, über die frühe und klassische Geschichte, das Mittelalter und die Moderne zeigt Molander, dass jede Gesellschaft von Ungleichheit geprägt war.

Allerdings ist der Großteil der Menschheitsgeschichte davon gekennzeichnet, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung nahe am Existenzminimum lebt – wodurch es kaum Platz für Ungleichheit gibt, da die Verteilung der Ressourcen sicherstellen muss, dass alle zumindest überleben. Erst durch die Erwirtschaftung eines Überschusses kann Ungleichheit entstehen. Machtunterschiede zwischen Besitzenden und Ressourcenschwachen werden deutlich, und die Ungleichheit wird nur dadurch begrenzt, dass die Besitzenden die Ressourcenschwachen arbeitsfähig halten müssen. Bis die hypothetische Grenze erreicht ist, steigt die Ungleichheit parallel zur ökonomischen Entwicklung – die einzige Ausnahme bildet das 20. Jahrhundert mit der Demokratisierung und der Entstehung von Wohlfahrtsstaaten. Dennoch lautet die erste Zwischenconclusio von Molander: Die im Zeitverlauf steigende Ungleichheit ist als natürliche Tendenz zu verstehen, und diese gilt es zu erklären.

Verhandlungsspiele

Im Mittelpunkt von Molanders Analyse der Ungleichheit stehen Verhandlungen als zentrales Element jedes gesellschaftlichen Zusammenlebens. Er beschreibt, basierend auf spieltheoretischen Überlegungen, den Mechanismus, der dem elementaren Verhand-

lungsspiel zugrunde liegt und der die zunehmende Ungleichheit vorantreibt: Minimale Unterschiede in den Voraussetzungen, die völlig unabhängig von individuellen Unterschieden in Fähigkeiten oder Anstrengungen sind, werden im Zeitverlauf verstärkt. Angenommen, zwei Personen verhandeln miteinander unter identischen Voraussetzungen über eine Ressource: Die optimale Lösung nach Nash¹ besteht dann darin, dass es zu einer 50:50-Aufteilung kommt. Wenn aber einer der Verhandlungspartner bei Verhandlungsbeginn mehr Ressourcen zur Verfügung hat, so lässt sich zeigen, dass dieser in der Verhandlung das bessere Ergebnis erzielt. Hierfür bedarf es einer weiteren Annahme über die Risikoneigung der Verhandlungspartner: Mit größeren Aktiva steigt die Risikofreudigkeit. Diese Annahme über die Risikoneigung wurde aus der Empirie abgeleitet und ist auch intuitiv nachvollziehbar: Wenn der *worst case* einer Verhandlung darin besteht, dass es zu keiner Lösung kommt, hat derjenige, der über mehr Ressourcen verfügt, weniger Druck, eine Lösung zu finden – seine Verhandlungsmacht ist somit größer.

Noch eindeutiger wird dieser Zusammenhang in einem dynamischen Spiel, das sich über mehrere Zeitperioden erstreckt. Sind vor Beginn des Spiels die Ressourcen gleich verteilt, so wird auch im dynamischen Spiel das Ergebnis selbst nach einer Vielzahl an gespielten Runden gleich verteilt werden. Hat aber eine der beiden Personen zu Beginn des Spiels eine stärkere Position, erhält diese gemäß Nashs Lösung nach der ersten Runde einen etwas größeren Anteil. Unter der Annahme, dass beide immer gleich viel konsumieren, hat nun der reichere Verhand-

lungspartner einen kleinen Überschuss, den er seinem Puffer hinzufügen kann. Gleichzeitig muss der ärmerer Verhandlungspartner auf seinen Puffer zurückgreifen um seinen Konsum konstant zu halten. Langfristig häuft also die anfangs ressourcenstärkere Person immer mehr Reichtum an, während die ressourcenschwächere Person immer mehr ihrer Aktiva verbrauchen muss.

Im dynamischen Spiel wachsen und sinken somit die Aktiva der beiden Verhandlungspartner exponentiell und in gleichem Ausmaß. Dass bereits minimale Abweichungen Folgen haben, zeigt folgende Überlegung: Beträgt der Unterschied zu Beginn der Verhandlungen 1 Prozent, so dauert es etwa 70 bis 80 Runden (Zeitperioden), bis die Aktiva der schwächeren Person aufgebraucht sind. Die Eigendynamik des Systems des Verhandlungsspiels verstärkt also die ursprünglichen Unterschiede und führt zu steigender Ungleichheit. Bereits minimale Unterschiede in den Voraussetzungen, die völlig unabhängig von individuellen Unterschieden in Fähigkeiten oder Anstrengungen sind, werden somit im Zeitverlauf aufgrund des beschriebenen selbstverstärkenden Effekts größer. Diese inhärente Tendenz zur Ungleichheit wird nur dadurch begrenzt, dass der stärkere Verhandlungspartner ein Interesse daran hat, den schwächeren am Leben zu erhalten, um die Fortexistenz der Gesellschaft zu sichern. Auch wenn sich die Analyse auf Verhandlungsspiele mit zwei Personen bezieht, sind die Ergebnisse für größere Gruppen und die Gesellschaft als Ganzes relevant. Denn auch im politischen Bereich müssen Beziehungen zwischen Menschen geregelt werden, z. B. über einen Sozialvertrag

oder eine ideale Verfassung, die der politischen Macht Legitimität verleihen.

Steigende Ungleichheit in jüngster Zeit

Die Tendenz zu mehr Ungleichheit ist allerdings keine stetige Entwicklung. Insbesondere im 19. Jh. bis in die 1970er-Jahre ist die Ungleichheit gesunken. Molanders Erklärung hierfür ist die Gründung der Gewerkschaften und die Einführung des allgemeinen Stimmrechts. Die Stärkung des öffentlichen Sektors und die durch Steuern finanzierte Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheitsversorgung oder Sozialversicherungen waren insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg ein wichtiger Faktor, um die dem Verhandlungsspiel inhärente Tendenz zu mehr Ungleichheit abzuschwächen. Damit betont Molander die Rolle der vom Ungleichheitsforscher Branko Milanovic (2016) als „gutartig“ (*benign*) bezeichneten Faktoren zur Reduktion von Ungleichheit.

Warum ab den 1970ern die Ungleichheit wieder gestiegen ist, erklärt Molander erstaunlich plump als „[...] Resultat externer technischer und wirtschaftlicher Veränderungen“. Die Fortschritte im Bereich der Transport- und Kommunikationstechnologien ermöglichten die Entstehung eines globalen Marktes und damit auch die Bedeutungszunahme des Kapitals, das international wesentlich mobiler ist als Arbeit. Wohlfahrtsstaatliche Systeme, die über Steuern und Transfers die Verteilung der verfügbaren Einkommen beeinflussen, sind allerdings in erster Linie national ausgerichtet und haben daher in ihrer umverteilenden Wirkung angesichts zunehmender Internationalisierung an Bedeutung verloren.

Instabilität gesellschaftlicher Systeme

Die zentrale Erkenntnis aus Molanders Analyse hat Seltenheitswert im so stark neoklassisch geprägten ökonomischen Diskurs: „Es gibt kein stabiles Gleichgewicht mit einer plausiblen gleichwertigen Verteilung der Ressourcen einer Gesellschaft“ (S. 82). Die zweite Frage nach der politischen Beeinflussbarkeit der Ungleichheit beantwortet Molander, wenig überraschend, mit einem klaren Ja. Eine Metapher aus der Technik soll verdeutlichen, wie ein instabiles System, das ständigen Störungen ausgesetzt ist, gezielt gelenkt werden kann. Analog zum ersten funktionierenden Flugzeug der Gebrüder Wright ist das Prinzip des *Feedback* der Schlüssel zum Erfolg: Die ständige Messung systemrelevanter Variablen ermöglicht die Erfassung des laufenden Zustands, auf Basis dessen Korrekturmaßnahmen gesetzt werden können. Wie ein Flugzeug, das ohne ständiges *Feedback* bezüglich des Kippwinkels in einer Havarie endet, kann die gesellschaftliche Entwicklung nur mittels *Feedback* hinsichtlich des sozialen Zustandes innerhalb angemessener Grenzen gehalten werden. Regeln und Institutionen, die keine Korrekturmechanismen beinhalten, führen aufgrund der herrschenden Instabilität zu unerwünschten und nicht beabsichtigten Konsequenzen. Ob ein Mechanismus, der für die Abschwächung bestimmter Störungen entwickelt wurde, sein korrigierendes Potenzial auch entfalten kann, wird aber erst ersichtlich, wenn die Störung eintritt. Ein effektiver Mechanismus kann daher niemals ohne *Feedback* auskommen.

Damit sind zwei wesentliche Punkte

geklärt: Die Eigendynamik von Verhandlungen, die den Kern jeder Gesellschaft bilden, ist von Instabilität gekennzeichnet und verstärkt damit die asymmetrische Verteilung von Macht und führt zu steigender Ungleichheit im Zeitverlauf. Instabile Systeme können nichtsdestotrotz hinreichend gesteuert werden, und mittels Verteilungspolitik kann man Ungleichheiten bekämpfen und innerhalb „natürlicher Grenzen“ (S. 15) halten. Aber ihre gänzliche Tilgung ist ausgeschlossen aufgrund der ständigen Störungen, denen das System ausgesetzt ist.

Ideologien und Ungleichheit

Um nun von der Tatsachenbeschreibung (dem „Sein“) auf Empfehlungen (das „Soll“) zu kommen, bedarf es eines Überbrückungsprinzips – „[d]ie implizite Bewertung, die den Schluss ermöglicht, wie man handeln sollte“ (S. 82). Vor diesem Hintergrund widmet sich Molander der Beantwortung seiner dritten Frage: Wie positionieren sich die drei großen abendländischen ideologischen Strömungen – Liberalismus, Konservatismus, Sozialdemokratie – in Bezug auf die Instabilität des Systems und die daraus resultierende Ungleichheit?

Der Liberalismus betont die Vernunft gegenüber der Tradition als Grundlage sozialer Institutionen. Des Weiteren rückt der Individualismus in seinen unterschiedlichen Formen das Individuum ins Zentrum der politischen Theorie (politischer Individualismus) und der sozialwissenschaftlichen Analyse (methodologischer Individualismus). Außerdem gehen liberale Denker von der Vorstellung aus, dass der Mensch prinzipiell alleine ist (ontologischer Individualismus). Ziel des Liberalismus ist

die Einrichtung einer idealen Verfassung, die das gesellschaftliche Leben ordnet und wichtige Grundrechte wie Gleichheit vor dem Gesetz, Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und Verfügungsrechte garantiert.²

Obwohl Eigentum als vom Staat zu schützender Verdienst angesehen wird, finden die herrschenden Verteilungsmuster keine Legitimation in der liberalen Ideologie. Insbesondere moderne liberale Denker betonen, dass Besitz, der nicht durch eigene Anstrengungen erworben wird, illegitim ist. Zufall und historisches Erbe, die, wie Molander gezeigt hat, für die Verteilung des Wohlstands in Verhandlungsspielen die Hauptfaktoren darstellen, sind nicht legitimierend.

Trotz dieser eigentlich relativ eindeutigen Position tun sich Liberale schwer mit Verteilungspolitik: Zwar herrscht Einigkeit darüber, dass Voraussetzungen einigermaßen gleich ausfallen müssen und gleichzeitig Fähigkeiten und Anstrengungen honoriert werden sollen, aber wie aktiv der Staat hier eingreifen soll, ist strittig. Weniger strittig ist das „Maximin-Prinzip“ von Rawls, das die Grundlage für eine aktive Verteilungspolitik bildet. Demnach müsse eine Gesellschaft so geregelt sein, dass für die am schlechtesten Gestellten die beste Lösung erreicht wird. Ein weiterer Aspekt von Rawls' Gerechtigkeitsprinzip besagt, dass soziale und wirtschaftliche Unterschiede nur entstehen dürfen, wenn sie mit Positionen in Verbindung stehen, die für alle Personen gleichermaßen zugänglich sind.

Beim Konservatismus steht die Legitimation des *Status quo* im Mittelpunkt. Wissensskepsis, Kritik des Individualismus und die Hervorhebung der Bedeutung der Religion für die soziale Stabilität sind charakteristisch für diese

ideologische Strömung. Da Menschen nicht ausreichend genug über soziale Prozesse wüssten, werden Reformvorschläge angezweifelt, und die Idee, dass Gruppen einen Gesellschaftsvertrag abschließen, wird als nahezu gefährlich angesehen.

Um den *Status quo* (und damit Ungleichheit) zu legitimieren, waren religiöse Argumente über lange Zeit bestimmend. Manus Gesetze im Hinduismus, der Römerbrief im Christentum und die Vorstellung, dass der Prophet die im Koran niedergeschriebene Botschaft direkt von Gott erhalten habe, bilden die Grundlagen, um die herrschende soziale Ordnung göttlichen Ursprungs nicht in Frage zu stellen.

Der säkulare Konservatismus lässt sich im Grunde mit der Argumentation zusammenfassen, dass allein die Existenz des *Status quo* bereits seine Rationalität bestätigt, oder anders ausgedrückt: Wenn der *Status quo* nicht die beste Lösung wäre, dann wäre er nicht so, wie er ist. Eine etwas abgeschwächte, evolutionäre Sichtweise, die Anknüpfungspunkte zum Liberalismus hat und beispielsweise bei Hayek anzufinden ist, sieht die Gesellschaft als System von Regeln, die ständig angepasst werden und daher als rational gelten.

In Bezug auf Verteilungspolitik ist die Haltung des Konservatismus klar: Umverteilung, die sich aus der Gesellschaft heraus entwickelt (Solidarität im Christentum, Almosen im Islam, freiwillige Beiträge bei säkularen Konservativen) ist zu begrüßen – die ökonomische Machtverteilung muss aber unangetastet bleiben. Ein Staat, der daher gezielt eingreift, um herrschende Machtverhältnisse zu unterminieren, ist strikt abzulehnen. Realpolitisch versuchen Konservative in erster Linie,

die Macht des Staates zugunsten einer Ausweitung privater Macht zu schwächen.

Die dritte ideologische Strömung, die Sozialdemokratie, hat eine ganz andere Auffassung darüber, was die Aktivität des Staates beinhalten soll. Wie bereits erörtert, gibt es kein stabiles egalitäres Gleichgewicht. Im Verhandlungsspiel gewinnen diejenigen, die sich in einer besseren Machtposition befinden, was in großem Maße durch Zufall und historisch (d. h. Erbe) bestimmt ist. Dem Machtkampf zwischen unterschiedlichen Interessengruppen müssen Grenzen gesetzt werden, um den selbstverstärkenden Effekt asymmetrischer Voraussetzungen in Verhandlungsspielen abzuschwächen. Dem Staat kommt somit in der Auffassung der Sozialdemokratie die Aufgabe zu, die Instabilität in Verhandlungssituationen zu kontrollieren, damit es nicht zu einer Ausbeutungssituation zwischen Verhandlungspartnern kommt.

Als konkrete politische Maßnahmen haben sich jene bewährt, die auf die Angleichung der Voraussetzungen zielen (z. B. aktive Bildungspolitik), aber auch solche, die *ex post* eine Umverteilung der Resultate vornimmt (z. B. Besteuerung). Eine besondere Rolle nimmt außerdem die Sozialversicherung ein, die einerseits direkt umverteilend wirkt (Bezieher von niedrigen Einkommen nehmen Sozialleistungen stärker in Anspruch, während die Beiträge risikounabhängig sind) und andererseits die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer stärkt.

Das Rezept, das der überzeugte Sozialdemokrat Molander am Ende zur Beherrschung der Ungleichheit vorlegt, ist wenig originell, aber die einzig logische Konsequenz aus der vorangegangenen Analyse: Um die Ungleich-

heit innerhalb akzeptabler Grenzen zu halten, können nur die bereits bekannten Werkzeuge zum Aufbau der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten aus der Nachkriegszeit zum Erfolg führen. Oder noch schwammiger ausgedrückt: Erforderlich sei „ein breites Maßnahmenpektrum“, das einerseits (gemäß der liberalen Denktradition) die Voraussetzungen für die einzelnen Personen angleicht und andererseits die Ergebnisse gleichmäßiger verteilt.

Fazit

Molanders wichtigste Botschaft lautet, dass es zwar eine gesellschaftlichen Verhandlungsprozessen inhärente Tendenz zur Ungleichheit gibt, aber Ungleichheit trotzdem kein Naturgesetz ist. Da Instabilität der Normalzustand ist, muss es staatliche Interventionen geben, wobei ständiges *Feedback* über den gesellschaftlichen Zustand notwendig ist, um entsprechend reagieren zu können. Diese technokratische Sicht erklärt sich mit dem Fokus auf verhandlungstheoretische Modelle in Molanders Analyse.

Eine der Schwächen der Erörterung ist die äußerst knapp ausgefallene Diskussion der steigenden Ungleichheit ab den 1970ern. Die lapidare Reduktion des Anstiegs der Ungleichheit auf externe technische und wirtschaftliche Faktoren wirkt fehl am Platz in einem Buch, das die Dynamik von Verhandlungen als Ursache für steigende Ungleichheit in den Mittelpunkt rückt. Weder Globalisierung noch technischer Fortschritt können als Zufallsprodukt gesehen werden, und zu behaupten, diese beiden Entwicklungen wären entstanden, ohne gesellschaftliche Machtverhältnisse in irgendeiner Weise widerzuspiegeln, ist völlig unver-

stänglich angesichts der vorangegangenen Analyse.

Möglicherweise mag diese vereinfachte Erklärung einer Überschätzung der Wirksamkeit der Politik in der Nachkriegszeit geschuldet sein. Denn was Molander bei der Erklärung der sinkenden Ungleichheit Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1970er-Jahre ausklammert ist, dass in diesen Zeitraum neben den *benign factors* auch zwei Weltkriege und in manchen Ländern Phasen der Hyperinflation (von Milanovic als *malign forces* bezeichnete Faktoren) fallen, die viele Gesellschaften wieder an das Existenzminimum drängten, und es somit, Molanders Überlegung folgend, generell weniger Raum für Ungleichheit gab.

Molanders Analyse der Ungleichheit ist teilweise empfehlenswert – wenn man nüchternen und stellenweise sehr technischen Erläuterungen nicht abgeneigt ist. Den Kern des Buches bilden verhandlungstheoretische Mechanismen, die interessant und verständlich aufbereitet werden. Die selbstverstärkenden Effekte asymmetrischer Voraussetzungen sind in ihrer Einfachheit ein starkes Argument für staatliche Interventionen zur Beherrschung der Ungleichheit. Dabei kommt Molander ohne eine tiefgreifende Diskussion moralischer oder normativer Positionen aus. Dass die vorherrschenden Verteilungsstrukturen inakzeptabel sind, ergibt sich aus wenigen Annahmen, die im Allgemeinen konsensfähig sind, weshalb auch Personen, die gegenüber Verteilungspolitik eine ablehnende Haltung einnehmen, vermutlich schwer umhinkönnen, nach der Lektüre dieses Buches ihre Position zumindest zu hinterfragen.

„Die Anatomie der Ungleichheit“ ist jedoch kein Buch, das dazu taugt, poli-

tische Debatten anzufachen. Vielmehr wirkt die Anleitung zur Beherrschung der Ungleichheit in ihrer Banalität fast schon beliebig und könnte genauso in (fast) jedem Parteiprogramm Europas stehen.

Stella Zilian

Anmerkungen

- ¹ John Nash war Mathematiker und ein wichtiger Vertreter der Spieltheorie. Ein wesentlicher Beitrag Nashs war es zu zeigen, dass es in einer Verhandlung eine eindeutige Lösung gibt, wenn folgende, sehr vereinfacht formulierte Bedingungen erfüllt sind: 1. Beide Ver-

handlungspartner müssen einen Nutzen haben. 2. Sämtliche Ressourcen, die zur Verhandlung stehen, müssen aufgeteilt werden. 3. Sind die Voraussetzungen symmetrisch, muss auch die Lösung symmetrisch sein.

- ² Während die Wahrung elementarer Rechte gemeinhin akzeptiert wird, sind sich Liberale uneinig darüber, inwieweit der Staat das Recht hat, aktiv einzugreifen.

Literatur

Milanovic, Branko, Global Inequality: A New Approach for the Age of Globalization (Cambridge, MA, 2016).